

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Zu den feststehenden, tausendfach wiederholten Redewendungen der Gegenwart gehört die Behauptung, wir befänden uns in einer ‚schnellebigen Zeit‘. Tatsächlich lassen sich viele gute Gründe dafür anführen, beispielsweise das hohe Tempo der technischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten oder die kurze Halbwertszeit von Schlagzeilen, die dazu führt, dass politische Themen, über die sich das ganze Land aufregt, schon nach wenigen Wochen wieder vergessen sind. Doch gibt es auf der anderen Seite Themen, bei denen die Zeit beinahe still zu stehen scheint. Konrad Adenauer notierte 1965 in seinen Erinnerungen über das Jahr 1951, damals sei die Chance vertan worden, die Einigung Europas gemeinsam mit Großbritannien zu beginnen. Er schrieb: „Die ablehnende Haltung Englands gegenüber der Schaffung europäischer Gebilde war so ausgesprochen prinzipieller Natur, dass man meines Erachtens auch für die Zukunft nicht mit einer positiveren Einstellung rechnen konnte. Meines Erachtens sollte man England die Tür offen halten, aber man sollte sich nicht durch sein Nein abhalten lassen zu handeln. Es war und ist notwendig, Europa zu schaffen.“¹ Dieses Zitat liest sich beinahe so, als sei es 2016 zur Illustration der Stimmung sowohl der britischen Bevölkerung als auch der deutschen im Zusammenhang mit dem ‚Brexit‘-Votum in Großbritannien geschrieben worden.

Das Meinungsklima in Großbritannien

Was die britische Position betrifft, so lässt sich als Beispiel für die Kontinuität des Denkens auch die berühmte Skizze anführen, die Churchill bei einem Besuch Adenauers im Mai 1953 in London auf ein Tischkärtchen kritzelte (Abbildung 1). „Churchill“, schrieb Adenauer, „fasste seine Gedanken dahin zusammen, dass die Vereinigten Staaten, Großbritannien mit dem Commonwealth und das Vereinigte Europa wie drei Kreise, die einander berühren, miteinander verbunden sein müssen (...). An dieser Haltung Großbritanniens hat sich nichts geändert.“² Und man könnte hinzufügen, auch bis 2016 scheint sich daran wenig geändert zu haben. Wer auf die Ergebnisse von Repräsentativumfragen in Großbritannien über die Europäische Union blickt, bekommt den Eindruck, als spräche die britische Bevölkerung über einen Staatenbund, zu dem sie nicht dazugehört.

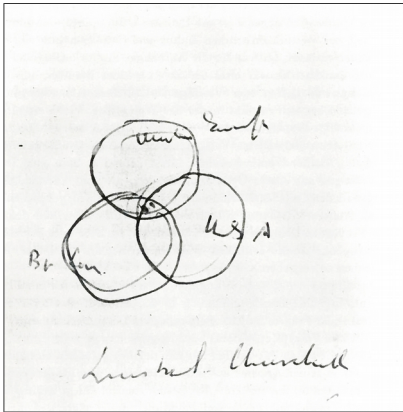
Das Umfrageinstitut Ipsos MORI hat auf der Grundlage einer Repräsentativumfrage, die kurz vor der Volksabstimmung vom 23. Juni 2016 stattfand, eine beeindruckende Liste von Punkten zusammengestellt, bei denen in Großbritannien falsche Annahmen über die Europäische Union vorherrschen oder zumindest bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung vorhanden sind. So überschätzten die Befragten massiv die Zahl der Familien, die britische Sozialleistungen im Ausland beziehen, vier von zehn sogar um das Vierzig- bis Hundertfache. Die Verwaltungsausgaben der Europäischen Union wurden im Durchschnitt um mehr als das Vierfache überschätzt; gerade vier von zehn Briten hatten mitbekommen,

1 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 491.

2 Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, 1965, S. 512.

dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern der Mitglieds-länder gewählt werden. Das Fazit der Forscher lautete: „Offensichtlich herrscht ein hohes Ausmaß an Unkenntnis über die EU, was kurz vor der Abstimmung irritierend ist. Allerdings ist es nicht ganz so überraschend, wenn man sich anschaut, wie wenig korrekte Informationen publiziert wurden und in welchem Maße Unwahrheiten, Übertreibungen und Panikmache den Wahlkampf beherrscht haben.“³

Abbildung 1: Tischkarte mit Skizze von Churchill



Quelle: Adenauer 1965, S. 512

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Umfrage von Ipsos MORI vom Februar 2016 unter Abgeordneten des Unterhauses. Sie zeigt, dass auch Parlamentarier erstaunlich geringe Kenntnisse von den Vorgängen in der Europäischen Union hatten. So wussten gerade acht Prozent der Abgeordneten, dass Luxemburg zum Zeitpunkt der Befragung die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union innehatte.⁴

Massiv überschätzt wurde von der britischen Bevölkerung im Juni 2016 auch die Zahl der in Großbritannien lebenden EU-Ausländer.⁵ Das war deswegen für das politische Klima im Referendumswahlkampf von besonderer Bedeutung, weil das Thema Einwanderung die Briten bereits Monate zuvor intensiv beschäftigt hatte. In einer Bevölkerungsumfrage vom Februar 2016 fragte Ipsos MORI: „Was, würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“ Es handelte sich um eine sogenannte ‚offene Frage‘, das heißt, es wurden nicht, wie sonst bei Umfragen meist üblich, Antwortmöglichkeiten zur Auswahl präsentiert, sondern die Befragten formulierten ihre Antworten frei. Erst im Nachhinein werden die Antworten in Kategorien gebündelt. Für viele Befragte bedeutet es eine nicht geringe Aufgabe, eine eigene Antwort zu formulieren, weswegen bei solchen offenen Fragen vergleichsweise niedrige Prozentwerte zustande kommen.

3 Bobby Duffy/Hannah Shrimpton/Claire Wotherspoon: The Perils of Perception and the EU. Public mis-perceptions about the EU and how it affects life in the UK, 9.6.2016, abrufbar unter: <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/3742/The-Perils-of-Perception-and-the-EU.aspx> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

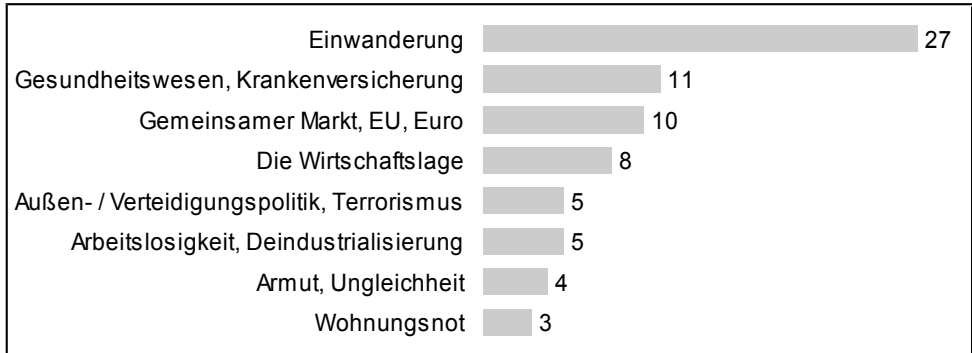
4 Ipsos MORI JN: 15-053486-01.

5 Duffy/Shrimpton/Wotherspoon: The Perils of Perception and the EU, 2016.

Deswegen ist es durchaus bemerkenswert, wenn bei dieser Frage 27 Prozent antworteten, das wichtigste Thema sei Einwanderung. Erst mit großem Abstand an zweiter Stelle folgten Antworten, die Themen des Gesundheitswesens und der Krankenversorgung ansprachen (11 Prozent) (Grafik 1). Angesichts dieser Befunde liegt der Schluss nahe, dass der Ausgang des Referendums vermutlich wesentlich die Folge einer auf Falschinformationen beruhenden Furcht vor Einwanderern ist.

Grafik 1: Wichtige Themen in Großbritannien

Frage: „Was, würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“ (offene Frage, keine Antwortvorgaben) – Auszug aus den Angaben.



Quelle: Ipsos MORI JN Q 218.

Eine Phase der Skepsis und der Verunsicherung

Die britische Volksabstimmung fiel in eine Phase, in der in vielen EU-Ländern die Skepsis an der Gemeinschaft wuchs. Das amerikanische Pew Research Center stellte in einer vergleichenden Umfrage in zehn Ländern vom April/Mai 2016 fest, dass in sechs von sieben Ländern, bei denen Vergleichswerte aus den Vorjahren vorlagen (Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Griechenland), die Zustimmung zur Europäischen Union gegenüber dem Vorjahr gesunken war. Lediglich in Polen waren die Werte stabil geblieben. In den meisten dieser Länder hatte sich bereits in den Jahren zuvor ein deutlicher Abwärtstrend bei der Zustimmung zur Europäischen Union gezeigt.⁶ Auch in der Tschechischen Republik ist nach den Umfrageergebnissen des Stem-Instituts die Zahl derjenigen, die sagen, sie hätten Vertrauen in die Europäische Union, auf 34 Prozent gesunken, und damit auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Messungen im Jahr 1994.⁷

Es ist unübersehbar, dass die Europaskepsis in vielen EU-Ländern nationalistische Züge trägt. Die ursprüngliche Idee, dass die Gemeinschaft im Laufe der Zeit immer enger zusammenwachsen sollte, ist derzeit alles andere als populär. Das Pew Research Center stellte in seiner international vergleichenden Studie die Frage, ob künftig weitere nationale

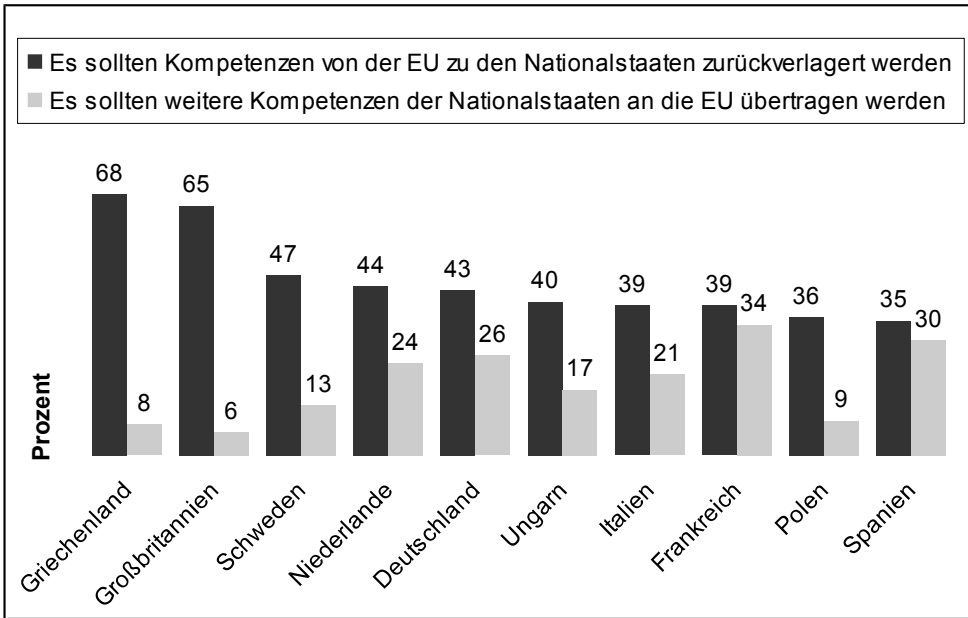
6 Bruce Stokes: Euroscepticism Beyond Brexit. Significant opposition in key European countries to an ever closer EU, 7.6.2016, abrufbar unter: <http://www.pewglobal.org/2016/06/07/euroscepticism-beyond-brexit/> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

7 Stem-Institut: Trust in European Parliament has significantly declined since last year, 14.3.2016, abrufbar unter: <https://en.stem.cz/trust-in-the-european-union-and-european-parliament-has-significantly-declined-since-last-year/> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

Kompetenzen auf EU-Ebene verlagert oder umgekehrt Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückübertragen werden sollten. In Griechenland und Großbritannien sprachen sich daraufhin zwei Drittel der Befragten für eine Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten aus, in allen anderen beteiligten Ländern waren es immerhin relative Mehrheiten (Grafik 2).

Grafik 2: Der Wunsch nach der Rückverlagerung von Kompetenzen

Frage: „Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten Ihre Meinung darüber, wie sich die Europäische Union künftig entwickeln sollte?“



An 100 fehlende Prozent: „Die Verteilung der Kompetenzen sollte bleiben, wie sie ist“.
Quelle: PEW Research Center: Spring 2016 Global Attitudes Survey, Q. 50B.

Es ist offensichtlich, dass in vielen Gesellschaften Europas Verunsicherung herrscht, zu der die große Zahl von Einwanderern aus Afrika und dem Nahen Osten erheblich beiträgt. Obwohl Großbritannien von dieser Entwicklung nur wenig betroffen ist, hat sie, wie oben gezeigt, die Bevölkerung mehr als alle anderen Themen beschäftigt und wurde folgerichtig zu einem wichtigen Thema im Referendumswahlkampf.⁸ Auch im ungleich stärker betroffenen Österreich zeigt sich die Bevölkerung alarmiert. Im Oktober 2015 fragte das Linzer IMAS-Institut in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, was den Bürgern spontan einfallt, wenn sie an die Situation der Kriegsflüchtlinge dächten. Mit weitem Abstand stand die Antwort, es seien einfach viel zu viele, an erster Stelle der Reaktionen. Fasste man die Antworten grob zu Kategorien zusammen, die das Gefühl beschrieben, die den

8 Gideon Skinner/Michael Clemence: Concern about immigration rises as EU vote approaches, 23.6.2016, abrufbar unter: <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/3748/> Concern-about-immigration-rises-as-EU-vote-approaches.aspx (letzter Zugriff: 25.8.2016).

Antworten zugrunde zu liegen schienen, zeigte sich, dass aus 49 Prozent der Antworten Ohnmachtsgefühle und Überforderung, Ängste und Sorgen sprachen. Lediglich 26 Prozent waren von Empathie und Mitgefühl dominiert. Folgerichtig sagten auch bei der Frage „Wie zufrieden sind Sie eigentlich mit der Politik im Umgang mit der aktuellen Flüchtlingssituation?“ 69 Prozent der befragten Österreicher, sie seien damit nicht zufrieden.⁹

Wie sehr die Flüchtlingskrise die Stimmung der Menschen in Deutschland drückt, zeigte sich an den Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Dezember 2015 und Januar 2016. Einen ersten Hinweis lieferte dabei die Frage „Sehen Sie dem kommenden Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“, die das Institut jedes Jahr im Dezember stellt. Zur Jahreswende 2014/15 lag der Anteil derjenigen, die antworteten „Mit Hoffnungen“ bei 56 Prozent,¹⁰ zur Jahreswende 2015/16 waren es noch 41 Prozent.¹¹ Dabei reichen die Sorgen weit über die Tagespolitik hinaus. Es ist, als sei eine von vielen Menschen als sicher geglaubte Welt ins Wanken geraten.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis einer Frage vom Januar 2016, bei der die Befragten gebeten wurden, anzugeben, welche Dinge ihnen zurzeit große Sorgen bereiten. Dazu wurde eine Liste mit 16 Punkten zur Auswahl vorgelegt. Am häufigsten genannt wurden Punkte, die der Tagespolitik geschuldet waren, allen voran den massenhaften sexuellen Übergriffen auf Frauen in Köln in der Silvesternacht.¹² Dass dies die Menschen in Deutschland im Januar 2016 bewegte, war nicht überraschend. Interessant ist aber die Entwicklung der Antworten bei einem anderen Listenpunkt, der – in vager Formulierung – ein von der Tagespolitik unabhängiges Unsicherheitsgefühl beschrieb. Er lautete: „Die allgemeine Unsicherheit, wie es weitergeht.“ Dass ihnen dies Sorgen bereite, hatten im Sommer 2014 29 Prozent der Befragten gesagt, im Januar 2016 waren es 53 Prozent.¹³

In die gleiche Richtung deuten die Antworten auf die Frage „Leben wir heute in einer besonders unsicheren Zeit, ich meine, dass alles weniger kalkulierbar und planbar ist als früher, oder würden Sie sagen, vor 20, 30 Jahren war alles genauso unsicher?“ Im Juli 2011 waren 44 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass wir in einer besonders unsicheren Zeit leben, im November 2012 waren es 48 Prozent, im Januar 2016 58 Prozent.¹⁴ Diese Ergebnisse sind deswegen mit Blick auf die Europäische Union von Bedeutung, weil Menschen, die das Gefühl haben, die Orientierung zu verlieren, nach etwas Vertrautem suchen, an dem sie sich festhalten können, wie dem Nationalstaat. Es spricht einiges dafür, dass hier der Grund für den wachsenden Zulauf zu nationalistischen Bewegungen und Parteien in vielen europäischen Ländern zu suchen ist, zu deren typischen Argumentationsmustern es wiederum gehört, den Eindruck zu erwecken, als stünden die Interessen der eigenen Nation mit denen der Europäischen Union im Gegensatz.

Wie sehr das Gefühl der Verunsicherung nationalistischen und europaskeptischen Parteien in die Hände spielt, lässt sich in Deutschland am Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD) gut zeigen. So sagten im Januar 2016 die Anhänger von CDU/CSU und SPD zu 55 beziehungsweise 51 Prozent, ihrer Meinung nach lebten wir in einer besonders unsicheren Zeit, von den AfD-Anhängern vertraten dagegen 84 Prozent diese

9 IMAS International: Flüchtlingskrise 2015. Zwischen Ohnmacht und Empathie 23/2015, S. 1-2.

10 Institut für Demoskopie Allensbach: Umfrage Nr. 11033.

11 IfD: Umfrage Nr. 11049.

12 IfD: Umfrage Nr. 11050.

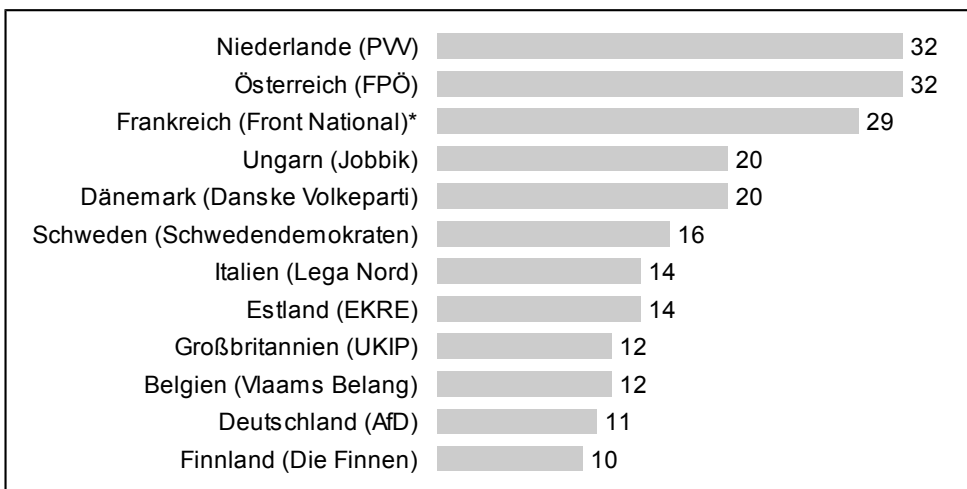
13 IfD: Umfragen Nr. 11026 und 11050.

14 IfD: Umfragen Nr. 10075, 10099 und 11050.

Meinung. Jeweils rund die Hälfte der Anhänger der Regierungsparteien, aber 73 Prozent der AfD-Anhänger machten sich Sorgen wegen der „allgemeinen Unsicherheit, wie es weitergeht“. Während sich die Bevölkerung insgesamt zu 27 Prozent Sorgen machte, dass sich in ihrer Region vieles verändert und „die Gegend ihren Charakter verliert“, waren es unter den Anhängern der AfD 50 Prozent.

Man kann annehmen, dass ähnliche Reflexe zum Ausgang des Referendums in Großbritannien beigetragen haben und auch in vielen anderen europäischen Ländern zu finden sind – oft sogar ausgeprägter als in Deutschland, dessen Bevölkerung nach wie vor grundsätzlich sehr europafreundlich ist, wie unten noch gezeigt wird. Die Stärke nationalistischer und europaskeptischer Parteien in anderen Ländern deutet darauf hin, dass der Effekt in Deutschland noch vergleichsweise gering ausgeprägt ist (Grafik 3).

Grafik 3: Die Stärke nationalistischer/europaskeptischer Parteien in ausgewählten EU-Ländern zu Beginn des Jahres 2016.



Alle EU-Länder, in denen eine nationalistische/europaskeptische Partei mindestens 10 Prozent in den Umfragen erhielt. Kommastellen in den Publikationen wurden auf ganze Prozentwerte gerundet.

* In Frankreich: Wahlabsicht Marine Le Pen bei Präsidentschaftswahl.

Quellen: Niederlande: tns NIPO. Österreich: Unique Research. Frankreich: ifop. Ungarn: Publicis. Dänemark: Gallup. Schweden: Demoskop. Italien: Demos. Estland: TNS Emor. Großbritannien: Ipsos MORI. Belgien: RTBF. Deutschland: Institut für Demoskopie Allensbach. Finnland: TNS Gallup. Umfragen von Januar bis April 2016.

Die Reaktion der Deutschen auf den Brexit

Am 23. Juni 2016, stimmte die britische Bevölkerung über einen Verbleib in der Europäischen Union ab, am Folgetag, dem 24. Juni, wurden die Ergebnisse bekannt. Gleich in der darauf folgenden Woche begann das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer Bevölkerungsumfrage, deren Ergebnisse die unmittelbaren Reaktionen der Deutschen auf den Austrittsbeschluss der Briten dokumentieren. Sie zeigen in erster Linie das Ausmaß ihrer Enttäuschung. So lautete eine Frage: „Großbritannien hat sich ja vor kurzem in einer Volksabstimmung dafür entschieden, die EU zu verlassen. Finden Sie es gut, dass Großbritannien die EU verlässt, oder finden Sie das nicht gut?“ Fast zwei Drittel der Befragten, 63

Prozent, antworteten darauf, sie fänden es nicht gut, dass Großbritannien die Europäische Union verlassen wird, lediglich 17 Prozent begrüßten den Beschluss. Dabei zieht sich das Bedauern auffallend gleichmäßig durch fast alle Bevölkerungskreise: Westdeutsche sagten zu 63 Prozent, dass sie es nicht gut fänden, dass Großbritannien die Europäische Union verlässt, Ostdeutsche zu 61 Prozent. Ob man Männer mit Frauen vergleicht, die verschiedenen Bildungsgruppen oder sozialen Schichten, stets ist es eine klare Mehrheit um die 60 Prozent, die den Ausgang des Referendums bedauert.¹⁵ Auch zwischen den Generationen gab es – anders als in Großbritannien selbst¹⁶ keine nennenswerten Unterschiede: Unter-30-Jährige sagten zu 68 Prozent, dass sie den Brexit bedauerten, 60-Jährige und Ältere zu 68 ebenfalls Prozent. Lediglich bei den 45-59-Jährigen lag der Wert mit 57 Prozent etwas niedriger. Aus der Einstimmigkeit ragten nur – angesichts des eben Ausgeführten folgerichtig – die Anhänger der AfD heraus. Sie sagten mit einer relativen Mehrheit von 49 Prozent, sie fänden den Austrittsbeschluss der britischen Bevölkerung gut, lediglich 20 Prozent bedauerten ihn. Die Anhänger aller anderen Parteien – von der CDU/CSU bis zur Linken – äußerten sich mit klaren Mehrheiten enttäuscht über den Austritt.¹⁷

An diesem Bild änderte sich auch nichts, wenn man versuchte, das Thema mit ausführlicheren Fragen etwas gründlicher auszuleuchten, und auch Argumente anführte, die möglicherweise für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sprechen könnten. Dies zeigt sich beispielsweise an den Antworten auf eine Dialogfrage, bei der die Interviewer ein Bildblatt überreichten, das zwei Personen im Schattenriss zeigte. Jeder Figur war, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die eine Figur sagte: „Ich finde es gut, dass Großbritannien die EU verlässt. Die Briten haben immer Sonderregelungen beansprucht, und die EU musste ihnen immer entgegenkommen. Es ist daher besser für die EU, wenn Großbritannien nicht mehr Mitglied ist.“ Die Gegenposition lautete: „Mir wäre es lieber gewesen, wenn Großbritannien sich dafür entschieden hätte, Mitglied der EU zu bleiben. Es schwächt die EU politisch und wirtschaftlich sehr, dass ein so wichtiges Mitgliedsland wie Großbritannien die EU verlässt.“ Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welcher der beiden Personen sie mehr zustimmten. 26 Prozent entschieden sich daraufhin für das erste Argument, 58 Prozent für das zweite.

Bei einer weiteren Frage wurden neun verschiedene Meinungen zum EU-Austritt Großbritanniens auf einer Liste vorgelegt, mit der Bitte an die Befragten, die Punkte auszuwählen, denen sie zustimmten. 63 Prozent wählten daraufhin den Punkt „Die EU wäre mit Großbritannien wirtschaftlich stärker gewesen“ aus. 54 Prozent entschieden sich für die Aussage „Die EU hätte mit Großbritannien größeren Einfluss in der Welt gehabt“, gefolgt von „Großbritannien hätte auch in Zukunft eine Sonderbehandlung gefordert und damit Ärger provoziert“ (45 Prozent). Obwohl dieser Punkt damit relativ viel Zustimmung bekam, wird auch deutlich, dass viele Deutsche diesen Ärger wohl gerne in Kauf genommen hätten. Den Punkt „Ohne Großbritannien kann Europa besser zusammenwachsen“ wählten jedenfalls nur bei 12 Prozent der Befragten aus.

15 IfD: Umfrage Nr. 11058.

16 BBC.com: EU referendum: The result in maps and charts, 14.6.2016, abrufbar unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-36616028> (letzter Zugriff: 25.7.2016).

17 Vgl. auch für die folgenden Ergebnisse Institut für Demoskopie Allensbach: Umfrage Nr. 11058.

Ein verändertes Bild von Europa

Vor dem Hintergrund der mit dem Bexit verbundenen Sorgen verdunkelt sich auch das Bild der Europäischen Union als Ganzes – allerdings nur graduell. Seit vielen Jahren enthalten die Fragebogen des Allensbacher Instituts immer wieder Assoziationstests zum Thema ‚Europa‘. Die Interviewer lesen dabei verschiedene Begriffe vor und die Befragten sagen jeweils, ob man beim Stichwort ‚Europa‘ an diese Begriffe denken könne oder nicht. Die Reihenfolge der am häufigsten mit Europa in Verbindung gebrachten Begriffe ändert sich dabei seit Jahren meist nur langsam: 86 Prozent verbanden im Juli 2016 mit dem Stichwort ‚Europa‘ Bürokratie, 84 Prozent Vorschriften. An dritter Stelle folgte der Begriff ‚Vielfalt‘, genannt von 79 Prozent. Die Schlüsselbegriffe ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘ verband eine deutliche Mehrheit von jeweils zwei Drittel der Befragten mit Europa. Alles in allem hielten sich die positiven und negativen Zuschreibungen ungefähr die Waage, mit einem leichten Vorsprung der negativen Assoziationen. Daran hat auch der Austrittsbeschluss Großbritanniens nichts Grundsätzliches geändert. Bei einer etwas genaueren Betrachtung der Entwicklung in den letzten Jahren erkennt man allerdings, dass die Zahl der negativen Assoziationen zu- und die der positiven abgenommen hat. Im Jahr 2013, als zum vorletzten Mal ein solcher Assoziationstest durchgeführt wurde, wurden die negativen Aussagen im Durchschnitt von 62 Prozent der Befragten ausgewählt, im Juli 2016 von 66 Prozent. Der durchschnittliche Prozentwert, der auf die positiven Assoziationen entfiel, sank von 55 auf 53.¹⁸ Diese Veränderungen mögen auf den ersten Blick gering erscheinen, doch handelt es sich hierbei nicht um einzelne Prozent-, sondern um Durchschnittswerte, bei denen auch scheinbar geringe Veränderungen durchaus Beachtung verdienen.

Darüber hinaus gibt es einige wenige Einzelaussagen, die deutlichere Veränderungen zeigen. So spricht einiges dafür, dass die Volksabstimmung in Großbritannien bei den Deutschen den ohnehin seit Längerem zunehmenden Eindruck verstärkt hat, dass die Europäische Union geschwächt sei. Der Anteil derjenigen, die sagten, man könne bei „Europa“ an das Stichwort „zerstritten“ denken, lag 2005 bei 36 Prozent, 2013 waren es 58 Prozent, 2016 72 Prozent. Gleichzeitig sank die Zahl derjenigen, die mit „Europa“ „Zukunft“ verbanden, von 75 auf 55 Prozent (Grafik 4).

Wieder wachsende Zustimmung zur europäischen Einigung

Umso bemerkenswerter ist es, dass die allgemeine Zustimmung der Deutschen zur europäischen Einigung eher wieder gewachsen ist. Auf die Frage „Wie viel Vertrauen haben Sie in die Europäische Union?“ antworteten im Dezember 2015 24 Prozent, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen. Im Juli 2016 waren es immerhin wieder 35 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich bei der Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ In den 1980er Jahren hatte stets eine Mehrheit der Befragten auf diese Frage geantwortet, die europäische Vereinigung solle schneller vorangehen. Das änderte sich mit der Deutschen Einheit, die ja von der damaligen Bundesregierung ganz bewusst mit einer Beschleunigung der europäischen Integration verknüpft wurde. Offensichtlich überfordert vom Tempo der Veränderungen sagten seitdem meist nur noch zwischen 10 und 20 Prozent der Befragten, ihrer Ansicht nach solle die europäische Einigung noch beschleunigt werden. Deutlich mehr, zwischen 30 und 40 Prozent, forderten, es solle doch besser langsamer voran gehen.

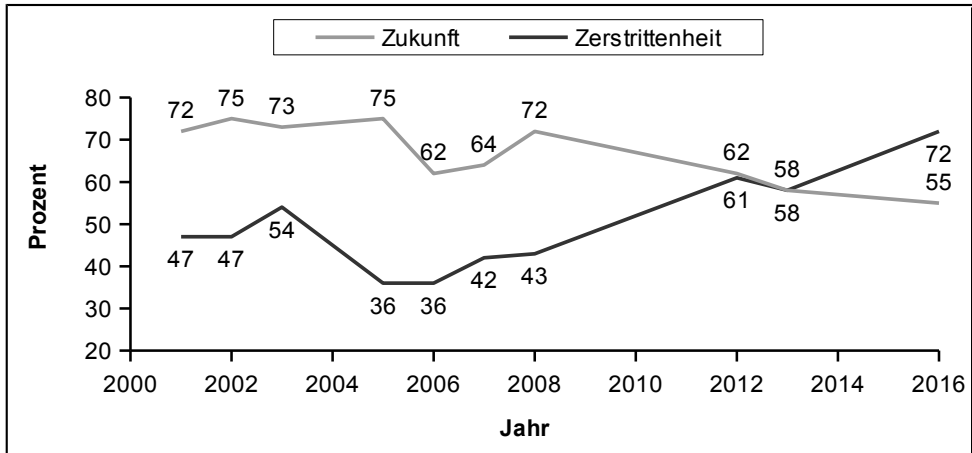
18 Ebenda, Umfragen Nr. 11012 und 11058.

Die Mehrheit wich auf die neutralen Antwortkategorien wie „Weiter wie bisher“ oder „Unentschieden“ aus.¹⁹

Grafik 4: Europa wird zunehmend als zerstritten wahrgenommen

Frage: „Wenn Sie einmal an das Wort ‚Europa‘ denken – es kann einem ja dazu alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal einiges vorlesen? Sagen Sie mir dann bitte, ob man bei ‚Europa‘ tatsächlich daran denken könnte.“

Antwort: „Daran könnte man denken.“ – Auszug aus den Angaben.



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11058.

Im Juli 2016 jedoch, unter dem Eindruck der britischen Volksabstimmung, überwog mit 29 zu 24 Prozent zum ersten Mal seit dem Jahr 1989 wieder knapp, aber eindeutig, der Anteil derer, die sich eine schnellere europäische Einigung wünschten (Grafik 5). Man bekommt den Eindruck, dass Teilen der Bevölkerung angesichts der Gefährdung des Zusammenhalts in Europa die Vorteile der europäischen Integration bewusster geworden sind. Es drängt sich der Vergleich zum Euro auf, der von seiner Einführung im Jahr 2002 bis ins Jahr 2011 stets von einer klaren Mehrheit der Deutschen abgelehnt wurde. Erst als er in der Staatsschuldenkrise gefährdet schien, gerieten diejenigen, die sagten, sie wünschten sich die D-Mark zurück, in die Minderheit.²⁰

So hat anscheinend die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, zumindest kurzfristig die Bereitschaft der Deutschen eher bestärkt, die europäische Integration mit den verbliebenen 27 EU-Ländern weiter voranzutreiben. Es Großbritannien nachzutun und ebenfalls aus der Europäischen Union auszutreten, ist für eine überwältigende Mehrheit auf keinen Fall eine Option. Das zeigen die Antworten auf die Frage „Was wäre Ihrer Ansicht nach für die Zukunft, für die Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland in der Europäischen Union bleibt, oder wenn Deutschland die Europäische

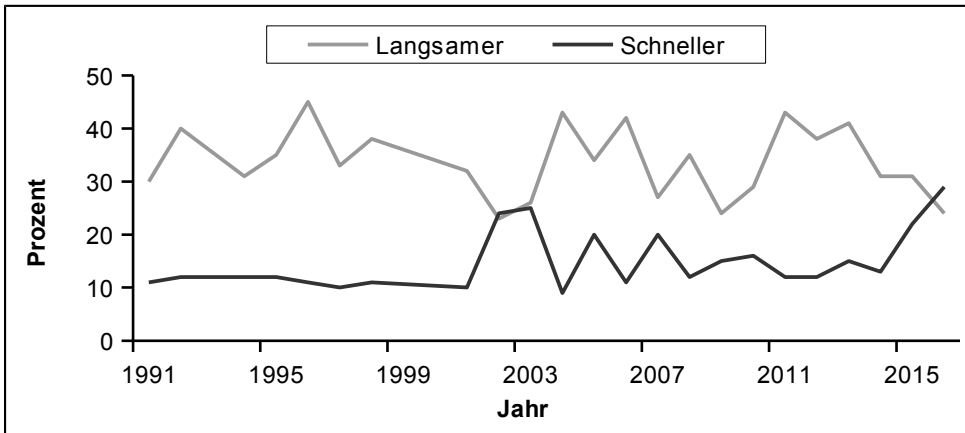
19 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, Baden-Baden 2012, S. 351-358, hier S. 353.

20 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2012, Baden-Baden 2012, S. 369-378, hier S. 372.

Union verlässt?“ Mehr als drei Viertel, 78 Prozent, antworteten auf diese Frage, es wäre besser, wenn Deutschland in der Europäischen Union bleibt, und auch hier waren sich die Anhänger aller Parteien einig, mit Ausnahme derer der AfD, die nur zu 28 Prozent dieser Ansicht waren.²¹ Damit entspricht die Haltung der Deutschen derjenigen von Adenauer vor einem halben Jahrhundert: Sie bedauern, dass die Chance, ein gemeinsames Europa mit Großbritannien zu schaffen, erst einmal vertan ist, doch sie will sich von diesem ‚Nein‘ bei der europäischen Einigung nicht aufhalten lassen.

Grafik 5: Europäische Einigung - langsamer oder schneller?

Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“



An 100 fehlende Prozent: „Weiter wie bisher“ oder Unentschieden.
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11058.

21 Institut für Demoskopie Allensbach: Umfrage Nr. 11058.